

Die Wahrnehmung des Israel-Palästina-Konflikts aus friedensethischer Perspektive

Dorthe Siegmund

Auch wenn es in der gebotenen Kürze eine Herausforderung bedeutet, bitte ich Sie dennoch, die wesentlichen Faktoren für den Konflikt zwischen Israel und Palästina aus einer friedensethischen Perspektive zu skizzieren.¹

Dorthe Siegmund: Der Israel-Palästina-Konflikt ist als Konflikt über ein Territorium zu verstehen. Die Konfliktparteien erheben Anspruch auf dasselbe Territorium, auf das ehemalige britische Mandatsgebiet. Dieses umfasst Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete, d.h. den Gazastreifen, das Westjordanland und Ost-Jerusalem. Die Konfliktodynamiken sind gekennzeichnet von einer ungleichen Verteilung von Ressourcen, d.h. vor allem von Wasser und fruchtbarem Land. Zudem setzt die israelische Regierung den Siedlungsbau und die Landkonfiszierungen fort. Die temporäre Besatzung hat sich zu einer Annexion, d.h. zu einer dauerhaften zivilen Kontrolle entwickelt. Die palästinensische Flüchtlingsfrage bzw. das Recht auf Rückkehr und der Status von Jerusalem sind bisher ungeklärt.

Darüber hinaus ist ein Blick auf Aspekte, die den Konflikt dynamisch halten, besonders interessant – nämlich auf die dem Konflikt zugrunde liegenden Narrative. Ich konzentriere mich derzeit im Rahmen meiner Arbeit vor dem theoretischen Hintergrund der sozialkonstruktivistischen Konfliktforschung auf die Analyse der sozialen Konstruktion von Narrativen, d.h. auf die vorherrschende Interpretation geschichtlicher Ereignisse, die erheblichen Einfluss auf die israelische und palästinensische Gesellschaft nehmen.² Mit

1 Der Beitrag hat die Form eines schriftlichen Interviews, das im Sommer 2023 stattfand. Die Fragen wurden von Josef Mautner gemeinsam mit Dorthe Siegmund erarbeitet.

2 Siegmund, Lokale Friedensinitiativen.

Bezug auf den Israel-Palästina-Konflikt fällt auf, dass die Bedrohungswahrnehmung und die damit verbundene Wahrnehmung der eigenen Gesellschaft als Opfer sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft verankert sind. »Opferschaft« bzw. »Opfer sein« existiert nicht automatisch, sondern ist als ein sozial konstruierter Prozess zu verstehen. Aus den Erfahrungen der Shoa und des damit verbundenen Genozids sowie weiterer, auch jüngerer Gewalterfahrungen in Israel und von Menschen jüdischen Glaubens weltweit ergibt sich die nachvollziehbare Wahrnehmung von Bedrohung und Unsicherheit. Daraus resultiert das Interesse an einem eigenen, souveränen jüdischen Staat, in dem Menschen jüdischen Glaubens sicher leben können.³

Historische Ereignisse werden auch für die Unterstützung politischer bzw. nationaler Interessen interpretiert, auf israelischer Seite insbesondere für Sicherheitsinteressen. So werden die arabisch-israelischen Kriege und ein entsprechendes gewaltsames Vorgehen damit begründet, dass es »keinen anderen Ausweg« gegeben habe, um das Heimatland effektiv zu verteidigen. So gilt beispielsweise der Krieg von 1967 in der israelischen öffentlichen Wahrnehmung als Präventivkrieg bzw. Präventivschlag. Man sei den Angriffen der arabischen Staaten zuvorgekommen. Der syrische und ägyptische Überraschungsangriff an Jom Kippur (Tag der Sühne/Versöhnung), dem höchsten jüdischen Feiertag, an dem in Israel das öffentliche Leben stillsteht und bis zu diesem Zeitpunkt weder das Militär in Bereitschaft war noch die Medien, stützt ebenfalls die emotionale Wahrnehmung von Verwundbarkeit. Wenngleich Israel amerikanische Unterstützung erhielt und ein Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt wurde, gilt der Überraschungsangriff von 1973 gegen Israel mit dem Verlust von etwa 2.700 Soldat:innen als Trauma, das die militärische Überlegenheitswahrnehmung – resultierend aus den Kriegen 1948 und 1967 – beschädigte.⁴ Diese Bedrohungswahrnehmung unterstützt wiederum das militärische Sicherheitsparadigma und die Legitimierung von Gewalt im Sinne des Rechts auf Selbstverteidigung.

Auf palästinensischer Seite ist die Wahrnehmung, Opfer zu sein, mit dem Krieg von 1948 verbunden. Der Sieg Israels gilt als »Nakba«/Katastrophe.⁵ Ca. 750.000 Palästinenser:innen wurden vertrieben und zu Flüchtlingen – ein

3 Strömbom, Israeli Identity, 13.

4 Wie ich in meiner Forschungsarbeit beschreibe: Siegmund, Lokale Friedensinitiativen, Kap. 4.1.1.

5 Smulders, The Battle for Victimhood, 167.

Trauma, welches sich für viele Palästinenser:innen im israelisch-arabischen Krieg von 1967 wiederholte, nachdem Israel das bis dahin von Jordanien verwaltete Westjordanland und Ost-Jerusalem, die syrischen Golanhöhen sowie den ägyptischen Sinai und Gazastreifen besetzte. Unterstützt wird dieses Narrativ durch Erfahrungen physischer und struktureller Gewalt im Alltag vieler Palästinenser:innen, welche ihre aktuelle Lebenssituation häufig ebenfalls als »Nakba« beschreiben. Befürworter:innen des gewaltsamen Widerstands bzw. Kampfes für Freiheit und für die Beendigung der israelischen Besatzung begründen ihre Sichtweise bzw. ihr Vorgehen mit dem Unrecht, welches ihnen die israelische Seite zugefügt habe und weiterhin zufüge.⁶ Ein Unrecht, das ihre Wahrnehmung als Opfer stützt. Die Wahrnehmung der »Nakba« ist für viele Palästinenser:innen ein emotionaler Bezugspunkt, der von einigen palästinensischen Akteur:innen für nationale Ziele wie Freiheit und Selbstbestimmung genutzt wird.⁷

Sozialpsychologische Studien wie jene von Daniel Bar-Tal und Rafi Netz-Zehngut⁸ verweisen darauf, dass die Konstruktion konfliktunterstützender Narrative meist auf Quellen basiert, welche die eigenen Ansichten und Leit-motive unterstützen und andere Informationen, die dem zuwiderlaufen, marginalisieren. Die eigenen Narrative werden u.a. durch Bildungsmedien und Massenmedien reproduziert und so von Generation zu Generation weitergegeben. Dabei werden geschichtliche Ereignisse häufig nicht »falsch«, sondern verkürzt und eher eindimensional dargestellt.⁹

In Israel und Palästina ist die Wahrnehmung der jeweils »anderen« Konfliktpartei häufig von Emotionen wie Misstrauen und Feindperzeptionen geprägt. Denn die Deutungen des Kriegs von 1948, dessen Ausgang Palästina als »Nakba« betrauert und Israel als Unabhängigkeit feiert, zeigen gleichermaßen, wie eng israelische und palästinensische Ereignisse miteinander verbunden sind und sich gleichermaßen – emotional als Freude oder Leid empfinden – ausschließen. Im Jahr 2023 zeigt sich dies besonders deutlich: Israel feiert 75 Jahre Unabhängigkeit und Staatsgründung; Palästina gedenkt 75 Jahre der Vertreibung.

6 Ebd., 171.

7 Siegmund, Lokale Friedensinitiativen, Kap. 4.1.1.

8 Bar-Tal/Netz-Zehngut, Sociopsychological Analysis of Conflict Supporting Narratives, 2014.

9 Siegmund, Lokale Friedensinitiativen, Kap. 4.1.1.

Inwiefern stellen politisierte religiöse Elemente – neben den von Ihnen beschriebenen territorialen, politischen und sozialen Faktoren – einen eskalierenden Faktor im Konflikt dar?

D.S.: Der Israel-Palästina-Konflikt ist per se kein religiöser Konflikt, aber er hat eine religiöse Dimension. Israel/Palästina wird von mehreren Traditionen monotheistischer Religionen, die ihre Ursprünge auf den Patriarchen Abraham/Avraham/Ibrahim zurückführen, als »heiliges Land« angesehen. Die Verbindung von religiöser Zugehörigkeit und nationaler Identität kann zu einer explosiven Mischung führen, gerade dann, wenn sie als exklusiv für die jeweils eigene Existenz in Anspruch genommen sowie entsprechend ideologisiert und politisiert werden.

So untermauern israelische (rechts)national-konservative und ultra-orthodoxe Stimmen – wie vor allem regierungsnahе Nichtregierungsorganisationen, die Siedler:innenbewegung und auch Politiker:innen – ihren Anspruch auf das Westjordanland mit dem Verweis auf die Thora und das göttliche Versprechen für das jüdische Volk. Dabei verwenden sie für das Westjordanland biblische Begriffe wie »Judäa und Samaria«. Diese biblischen Begriffe haben beispielsweise auch Eingang in die Verwaltungs- bzw. Amtssprache gefunden. So bezeichnen israelische Behörden, die ihre Zuständigkeit im besetzten Westjordanland sehen, dieses palästinensische Gebiet ebenfalls als »Judäa und Samaria«.

Die palästinensische Hamas, welche im Gazastreifen regiert, beschreibt das historische Palästina in ihrer Charta als »Waqf«, d.h. als eine den Muslim:innen von Gott anvertraute religiöse Stiftung. Die Hamas stützt ihre Position auf die traditionelle islamische Rechtsprechung und die Lehre vom »Dar al-Islam« (»Haus des Islam«/»Gebiet des Islam«). D.h., Gott habe das gesamte Land den Muslim:innen anvertraut. Daraus leiten sie ab, dass Jüdinnen und Juden zwar in ihm leben könnten aber ohne gleiche Rechte.

Insgesamt ist zu beobachten, dass die Konflikte zwischen Muslim:innen sowie Jüdinnen und Juden derzeit zunehmen. Dies zeigte sich beispielsweise im Frühling 2023 als Pessach-Fest und Ramadan kalendarisch zusammenfielen. Es kam zu erheblichen gewaltsamen Zusammenstößen, vor allem an den religiösen Stätten in der Altstadt von Jerusalem, insbesondere am Tempelberg/Haram al-Sharif.

Seit Anfang 2023 protestieren Israelis landesweit gegen den geplanten Demokratieabbau und vor allem gegen die geplante Justizreform der Regierung. Die Demonstrierenden befürchten das Ende der unabhängigen Justiz. Über die Monate hat sich die Protestbewegung zu einer der bisher größten in der Geschichte des Landes entwickelt. Hat die Bewegung gegen den Abbau von Rechtsstaatlichkeit in Israel eine Bedeutung für den Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser:innen?

D.S.: Die Protestierenden bekennen sich zur israelischen Unabhängigkeitserklärung und sind über die Monate zu einer Verfassungsbewegung geworden mit den entsprechenden Forderungen, insbesondere bezüglich des Schutzes der Demokratie bzw. der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Justiz. Es kommen hier ganz unterschiedliche Strömungen der israelischen Gesellschaft zusammen. Insgesamt ist sie eine jüdisch-israelische Bewegung, die eher wenig Platz lässt für die Kritik an der israelischen Besatzung, wie besatzungskritische israelische Menschenrechtsorganisationen betonen. In diesem Zusammenhang weisen sie darauf hin, dass die israelische Demokratie nicht bewahrt werden könne, wenn die Landnahme und die Vertreibung der Palästinenser:innen nicht gestoppt und die Besatzung nicht beendet werde sowie diskriminierende Aspekte des israelischen Staates im Allgemeinen wie u. a. die Verletzung des Schutzes von Minderheiten nicht überwunden werde. Es könne keine Demokratie *mit* Besatzung geben, so das Argument israelischer Menschenrechtsverteidiger:innen, die sich für die Rechte der Palästinenser:innen einsetzen. Da diese Verbindung jedoch aktuell eher weniger von den Demonstrierenden hergestellt wird, sind Palästinenser:innen, die in Israel leben und etwa 20 % der Bevölkerung ausmachen, eher zurückhaltend, was ihre Beteiligung an den Protesten betrifft. Sie erfahren zudem Diskriminierungen im Alltag, nicht nur vor dem Hintergrund von Gesetzen, sondern auch seitens der jüdisch-israelischen Mehrheitsgesellschaft. Im Juni und Juli 2023 wurden auch Unterschiede bei den Protesten in den verschiedenen israelischen Städten deutlich. So sieht man beispielsweise derzeit bei Protesten in Tel Aviv im Vergleich zu jenen in Jerusalem ein pluralistischeres Bild und hin und wieder auch palästinensische Flaggen. Gleichzeitig kommt es jedoch auch immer wieder zu Ausschreitungen zwischen unterschiedlichen Untergruppen der Demonstrierenden wie beispielsweise in Haifa und Jerusalem, wo Angriffe auf Träger:innen palästinensischer Flaggen verübt wurden.

Wie gestaltet sich der Alltag in den besetzten palästinensischen Gebieten unter der neuen israelischen Regierung?

D.S.: Der Alltag der Palästinenser:innen ist von Gewalt sowie Willkür der Besatzung geprägt und kaum noch planbar. Palästinenser:innen im Westjordanland und im Gazastreifen sind mit massiven Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit konfrontiert. Im Westjordanland wird zwischen den A-, B- und C-Gebieten unterschieden. Die Einteilung dieser Gebiete wurde 1995 in den Osloer Abkommen verankert. Die A-Gebiete stehen grundsätzlich unter palästinensischer Kontrolle. Die Zuständigkeit der B-Gebiete ist zwischen der administrativen Kontrolle durch die Palästinensische Autonomiebehörde und der israelischen Sicherheitskontrolle geteilt. Die C-Gebiete stehen allein unter israelischer Kontrolle und machen etwa 60 % des Westjordanlandes aus. Dort befinden sich die meisten völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen.

Die seit 15 Jahren andauernden umfassenden Beschränkungen des Personen- und Warenverkehrs im Gazastreifen und Israels Abriegelungspolitik, die durch die ägyptischen Beschränkungen an der Grenze zum Gazastreifen noch verschärft wurde, hat den mehr als zwei Millionen dort lebenden Palästinenser:innen im Gazastreifen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das Recht auf Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit, ihr Leben zu verbessern, genommen und ihren Zugang zu Strom, Gesundheitsversorgung und Wasser stark eingeschränkt. Nach Angaben des *Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten* (UNRWA) sind rund 80 % der 2,1 Millionen Einwohner:innen des Gazastreifens auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Insbesondere seit Herbst 2022 kommt es in Ost-Jerusalem und im Westjordanland regelmäßig zu erheblichen gewaltsamen Eskalationen zwischen israelischen Siedler:innen und dem israelischen Militär auf der einen und Palästinenser:innen auf der anderen Seite. Laut Angaben des *Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten* (UNOCHA) wurden 2022 151 Palästinenser:innen in der Westbank und 30 im Gazastreifen getötet sowie 15 Israelis. Die israelische Armee führt regelmäßig Razzien durch und israelische Behörden ordnen Hauszerstörungen an.¹⁰ Israel wendet im Westjordanland Militärrecht an, was gegen die vierte Genfer Konvention¹¹ verstößt.

10 Siehe den *Protection of Civilians Report* von UNOCHA: <https://ochaopt.org/poc/25-july-7-august-2023>

11 *Convention (IV) relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War*, Geneva, 12 August 1949.

Die israelischen Regierungen kommen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen als Besatzungsmacht nicht nach. So besagt die vierte Genfer Konvention u. a., dass der Lebensraum der ansässigen Bevölkerung und ihre Institutionen von willkürlicher Enteignung, Zerstörung und Besiedelung durch die Besatzungsmacht zu schützen sei. Diese Verletzung ist seit Dekaden zu beobachten und kein Novum der neuen israelischen Regierung. Auch wenn der israelische Oberste Gerichtshof in den vergangenen Jahren punktuell die nachträgliche Legalisierung israelischer Siedlungen stoppte, so übt der Oberste Gerichtshof keine wirksame gerichtliche Kontrolle hinsichtlich der Verletzung der Rechte der Palästinenser:innen aus. Seit Amtsantritt der neuen Regierung ist zu beobachten, dass die Geschwindigkeit bei der Umsetzung von Hauszerstörungen und Vertreibungen zunimmt. Derzeit werden auch viele israelische Außenposten legalisiert, die ursprünglich nach israelischem Recht illegal waren. Im Juni 2023 hat die israelische Regierung das Verfahren für den Siedlungsbau deutlich vereinfacht. Bestimmte Zwischengenehmigungen des Verteidigungsministers entfallen, zukünftig reicht die Zustimmung des Finanzministers Bezale Smotrich.

Hat sich die Haltung der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomiebehörde bezüglich einer Zweistaatenlösung verändert?

D.S.: Die aktuelle israelische Regierung lehnt eine Zweistaatenlösung offen ab. Finanzminister Smotrich und der Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir sind beides Siedler und kommen aus der militanten Siedler:innenbewegung. Beide wohnen nach wie vor in Siedlungen. Smotrich hat darüber hinaus auch die Zuständigkeit für die besetzten Gebiete inne. Er ist verantwortlich für die Koordination der israelischen Regierungsaktivitäten im Westjordanland und kontrolliert somit die zivilen Angelegenheiten. Er verantwortet daher auch die Baugenehmigungen im Westjordanland. Er machte deutlich, dass es keinen Stopp des Siedlungsbaus geben wird. Im Gegenteil: Die neue israelische Regierung genehmigte Anfang 2023 7000 weitere Wohneinheiten in Siedlungen. Viele israelische Menschenrechtsorganisationen, die in den besetzten Gebieten aktiv sind, sowie palästinensische und internationale Menschenrechtsorganisationen bewerten den voranschreitenden Siedlungsbau als eine De-facto-Annexion des von Israel 1967 besetzten Westjordanlands.

Die palästinensische Autonomiebehörde, allen voran Präsident Mahmoud Abbas, spricht sich nach wie vor für eine Zweistaatenlösung aus. Es ist jedoch deutlich erkennbar, dass die palästinensische Führung im Westjordanland

aufgrund starker Korruption sowie hoher Demokratiedefizite keinen Rückhalt in der Gesellschaft mehr besitzt. Ein Beispiel für diese Demokratiedefizite sind die seit über 15 Jahren ausstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Abbas und die Palästinensische Autonomiebehörde sind mit einem massiven Legitimitätsverlust konfrontiert. Aufgrund des voranschreitenden Siedlungsbaus wird die Zweistaatenlösung vor allem in der palästinensischen Gesellschaft mittlerweile stark hinterfragt, insbesondere von der palästinensischen Jugend. Etwa 65 % der Bevölkerung sind unter 29 Jahre alt.

Wie nehmen Sie den internationalen politischen Diskurs zum Israel-Palästina-Konflikt und zu möglichen Lösungsansätzen wahr?

D.S.: Der Diskurs über den Israel-Palästina-Konflikt wird auf internationaler Ebene polarisiert geführt. Mit Blick auf die Europäische Union, aber auch auf Deutschland, schwächt dies deren effektive, politisch-praktische Unterstützung für eine gerechte Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinenser:innen. Ein Vertreter einer palästinensischen Menschenrechtsorganisation brachte es Anfang des Jahres in einem Gespräch mit Vertreter:innen des deutschen Bundestages bei ihrem Besuch in Ramallah auf den Punkt, indem er darauf hinwies, dass die Internationale Gemeinschaft für eine gerechte Lösung des Konflikts »pro-Menschenrechte« eintreten sollte und die polarisierte Denkweise in »pro-israelisch« oder »pro-palästinensisch« überwinden müsse – zugunsten einer international verhandelten Lösung des Konflikts auf Basis des humanitären Völkerrechts. Auf EU-Ebene sind die Mitgliedsstaaten in der Israel/Palästina-Frage gespalten.

Der Konflikt besitzt auf der internationalen Agenda seit einigen Jahren keine hohe Priorität mehr. Die USA haben die Anerkennung seitens der Palästinenser:innen als Vermittlerin verloren – vor allem mit dem einseitigen Bekenntnis der Administration Präsident Donald Trumps zu Israel, welches sich sowohl sehr deutlich im sogenannten *Deal of the Century*¹² wiederfindet, der internationale Rechtsnormen verletzt, als auch in der Entscheidung, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und damit Jerusalem als die Hauptstadt Israels anzuerkennen. Der *Deal of the Century* besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten, einem ökonomischen und einem politischen Teil. Beispielsweise sieht der Plan die gesamte israelische Kontrolle von

12 »Peace to Prosperity. A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People«, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/peacetoprosperity/>

Grenzen, Luftraum und Ressourcen vor. Ebenso legitimiert der Plan die Annexion von rund 30 % des Westjordanlandes. Der Plan sieht zwar einen Landtausch vor, dieser ist aber qualitativ und quantitativ nicht gleichwertig und entfernt sich damit weiter von einer Zweistaatenlösung.

Was ist die Rolle internationaler staatlicher Akteur:innen in dem Konflikt? Welche Rolle spielen europäische Länder und insbesondere auch Deutschland? Wo sind sie konstruktiv friedensfördernd, wo eher destruktiv eskalierend?

D.S.: Internationale staatliche Akteure wie die Europäische Union und Deutschland sprechen sich nach wie vor für eine Zweistaatenlösung aus, kritisieren den Siedlungsbau und betonen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen sowie deren Recht auf einen eigenen Staat. Sie mahnen ein Einhalten der entsprechenden UN-Resolutionen wie die Resolution 2334¹³ aus dem Jahr 2016 zur Bekräftigung einer Zweistaatenlösung an. Gleichzeitig scheint auf internationaler Ebene jedoch die Möglichkeit zu fehlen, diese der Resolution entsprechende Version politisch in eine gemeinsame multilaterale Verhandlungsstrategie zu übersetzen und umzusetzen. Die Vereinten Nationen sind ebenso relativ machtlos, nicht zuletzt aufgrund der regelmäßigen Vetos seitens der USA.

Internationale Rechtsnormen wie das humanitäre Völkerrecht scheinen stark zu sein, aber deren Anwendung im Israel-Palästina-Konflikt ist eher schwach. Es ist zu beobachten, dass die israelische Regierung als Besatzungsmacht kaum auf Basis internationalen Rechts zur Verantwortung gezogen wird und beispielsweise keine Sanktionen verhängt werden, was Menschenrechtsbeobachter:innen kritisieren. Dabei sei der Israel-Palästina-Konflikt mit all seinen Rechtsverletzungen, begangen von israelischen und auch palästinensischen Akteur:innen, insgesamt sehr gut dokumentiert – und zwar von unabhängigen internationalen Medien, von internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie von UN-Agenturen; auf Basis von deren Dokumentationen könnte die internationale Gemeinschaft aktiv werden.

Ebenso führte das Anliegen der Palästinensischen Autonomiebehörde, dem *Internationalen Strafgerichtshof* (IStGH) beizutreten, in den vergangenen Jahren zu polarisiert geführten Diskussionen auf internationaler Ebene. Nach dem Scheitern einer Nahost-Resolution im UN-Sicherheitsrat, welche einen Abzug Israels aus den palästinensischen Gebieten in einem zeitlichen Rahmen

13 United Nations Security Council, Resolution 2334 (2016).

von drei Jahren forderte, unterzeichnete Mahmoud Abbas 2014 das *Rom-Statut*, die vertragliche Grundlage des IStGH.¹⁴ Die USA verurteilten den Schritt von Abbas als »völlig kontraproduktiv«. Deutschland unterstützte Israels ablehnende Haltung argumentativ und betonte, dass Palästina kein souveräner Staat und daher der IStGH nicht zuständig sei. Deutschland blieb bei dieser Haltung, auch nach der Zuständigkeitsentscheidung des Gerichts. 2021 wurde die Entscheidung getroffen, Ermittlungen in Bezug auf mögliche israelische und palästinensische Kriegsverbrechen einzuleiten. Zuvor wurde seitens der israelischen Regierung starker Druck auf die damalige Chefanklägerin Fatou Bensouda ausgeübt und die Unabhängigkeit des Gerichts insgesamt infrage gestellt. Premierminister Benjamin Netanjahu bezeichnete die Entscheidung als »Essenz des Antisemitismus«¹⁵. Auch palästinensische Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Zuständigkeit des IStGH für Palästina mit juristischen Argumenten einsetzten, wurden von der israelischen Regierung stark angegriffen.

Insgesamt ist zu beobachten, dass ein »Managen« des Israel-Palästina-Konflikts an die Stelle der Entwicklung möglicher Lösungsansätze getreten ist. In Zeiten hoher Eskalationsstufen wie beispielsweise bei Gazakonflikten zwischen israelischem Militär und der Hamas bzw. dem *Islamischen Jihad* wird mit internationaler Unterstützung punktuell vermittelt. Es werden Waffenstillstände erreicht, was den Konflikt temporär etwas deeskaliert, aber zukünftig nicht lösen wird.

Es scheint derzeit offenbar keine politische Gesamtlösung in Sicht. Wo sehen Sie in der Gegenwart konkrete kleine Schritte eines praktischen Friedenshandelns: auf israelischer und palästinensischer Seite? Welche Rolle spielen dabei nichtstaatliche Akteur:innen?

D.S.: In Israel und Palästina gibt es zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und soziale Bewegungen, die sich für eine Beendigung des Konflikts engagieren.¹⁶ Viele der Organisationen beschäftigen sich mit der Bearbeitung der eingangs genannten Kernthemen des Konflikts: Besatzung und Siedlungen, ungleiche Ressourcenverteilung, Recht auf Wasser, ungeklärter Status Jerusalems oder die palästinensische Flüchtlingsfrage und ein Recht auf Rückkehr. Ebenso gibt es NGOs, die sich mit der Logik des Konflikts und seinen

14 *Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs.*

15 Maltz, »Netanyahu Blasts ICC War Crimes Probe as »The Essence of Antisemitism«.

16 Siehe: Siegmund, Lokale Friedensinitiativen.

Narrativen – wie vor allem binäre Denkstrukturen, Opfer-Täter-Perzeptionen und Freund-Feind-Schemata – befassen und einen Beitrag dazu leisten wollen, diese zu überwinden. Die NGOs bearbeiten diese Aspekte mit gewaltfreien Mitteln und versuchen, ein entsprechendes Bewusstsein für die Lebenssituation der jeweils anderen Seite in der israelischen und in der palästinensischen Bevölkerung zu fördern. In diesem Sinne stellen sie wesentliche Informationen zum Konflikt bereit – so unter anderem objektive wissenschaftliche Dokumentationen über den Konflikt und die Menschenrechtslage – und setzen sich aktiv für eine friedliche Konfliktbearbeitung ein, indem sie die Anwaltschaft für ein Thema des Konflikts übernehmen, das sie als besonders dringlich betrachten. Beispiele dafür sind: Menschenrechtsverletzungen gegenüber palästinensischen (politischen) Gefangenen in Israel, der Zugang palästinensischer Landwirt:innen zu ihren Feldern in den C-Gebieten, das Bleiberecht palästinensischer Beduinengemeinschaften in den C-Gebieten des Westjordanlandes. Ihre Projekte und Zielgruppen sind somit sehr vielfältig, ebenso auch ihre Ansätze. Diese reichen von Top-down-Ansätzen bis zu Grassroots-Ansätzen. Zu top-down-Ansätzen gehört etwa die Beratung von gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger:innen oder von Führungskräften in Unternehmen. Zu den Grassroots-Ansätzen zählt beispielsweise die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Palästina und Israel.¹⁷

Wie kann eine an konkreten Handlungsmöglichkeiten ausgerichtete Friedensethik zu solchen Schritten für ein praktisches Handeln orientierend und motivierend beitragen?

DS: Nach meinem Verständnis stellt eine konkrete, an Handlungsmöglichkeiten orientierte Friedensethik die Würde des Menschen und damit die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt. Viele israelische und palästinensische NGOs orientieren sich in ihrem Engagement für eine gerechte Lösung des Konflikts eben daran. Es motiviert sie, sich für einen Frieden einzusetzen, der das Wohlergehen der Zivilgesellschaft bzw. zumindest eine Verbesserung der Lebenssituation in den Vordergrund stellt.

Dennoch scheint es aufgrund zahlreicher unterschiedlicher politischer sowie konfligierender (Eigen)Interessen von israelischer, palästinensischer, regionaler und internationaler Seite, die den Konflikt beeinflussen, nicht möglich zu sein, den Israel-Palästina-Konflikt mit einem zivilgesellschaftlichen Bottom-up-Ansatz zu lösen. Für eine an »human security« orientierte

17 Siegmund, Lokale Friedensinitiativen, Kap. 3.3.

Konfliktlösung ist auch ein politisches internationales Engagement nötig, das wesentliche Aspekte menschlicher Sicherheit stärker in den Blick nimmt und die Konfliktparteien in die Verantwortung nimmt. Bezogen auf Deutschland ist beispielsweise die 2023 vom Auswärtigen Amt veröffentlichte Leitlinie *Feministische Außenpolitik gestalten*¹⁸ von großer Bedeutung und könnte auch eine Chance bieten, wenn diese zukünftig auch auf den Israel-Palästina-Kontext angewendet wird. Darin heißt es u.a.: »Feministische Außenpolitik gründet auf der Überzeugung, dass alle Menschen die gleichen Rechte genießen und die gleichen Freiheiten und Möglichkeiten verdienen.«¹⁹

Gibt es friedensethische Traditionen in den jeweiligen Religionen sowie weitere traditionelle Formen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, die Beiträge auf dem Weg zu einer schrittweisen Lösung des Konfliktes liefern können?

D.S.: Sowohl in Israel als auch in Palästina existieren entsprechende säkulare und religiöse Traditionen sowie Initiativen. Zunächst ein Beispiel aus Palästina, wie gewaltfreie Ansätze mit Bezug auf den Israel-Palästina-Konflikt reflektiert werden und in die Arbeit mit ihren Zielgruppen aufgenommen werden: das palästinensische Konzept »Sumud« als Form des gewaltfreien Widerstands. Das arabische Wort bedeutet Widerstandskraft bzw. Standhaftigkeit. »Sumud« bezieht sich auf einen aktiven, gewaltfreien Lebensstil. Dieser Lebensstil fordert dazu auf, dass man sich weder mit der Besatzung abfinden noch sich in Hass verlieren solle. Als eine Alternative zu Hass und Gewalt lehrt beispielsweise die palästinensische NGO *Arab Educational Institute* die innere Widerstandsfähigkeit, den inneren »Sumud«. In Workshops mit jungen Frauen werden diese ermutigt, trotz der starken Einschränkungen durch die Besatzung in ihrem Alltag Handlungsspielräume für sich zu erkennen und zu nutzen. Es geht darum zu lernen, sich auch in schwierigen Kontexten selbst zu ermächtigen. Letztlich führe die Unterstützung der inneren Widerstandsfähigkeit, die an Konzepte von Resilienz erinnert, dazu, dass die Frauen, die häufig den Familienmittelpunkt bilden, Alternativen zur gewaltsamen Reaktion auf die Besatzung finden. Sie können ihre Familienmitglieder dazu ermutigen, Wege aus dem gewaltsamen Handeln zu suchen. Dabei geht es letztlich darum, dass sie sich selbst schützen und ihr Leben aktiv gestalten können.²⁰

18 Feministische Außenpolitik gestalten.

19 Feministische Außenpolitik gestalten, 9.

20 Siegmund, Lokale Friedensinitiativen im Spannungsfeld, Kap. 6.3.

Ebenso werden in der palästinensischen Gesellschaft auch gewaltfreie Konfliktmanagementmechanismen wie »Sulha« angewendet. Diese mediationsbasierte Streitschlichtungsstrategie ist in der palästinensischen Gesellschaft verankert und anerkannt. »Sulha« ist die traditionelle arabische Form der Schlichtung, die auf die vorislamische Zeit zurückgeht und bis heute auch von religiösen Führer:innen angewendet wird. Palästinensische NGOs beschreiben ihre Methoden und Mediationsmechanismen häufig als »Sulha«, insbesondere gegenüber ihren lokalen Zielgruppen, und betonen, dass so Ehre wiederhergestellt werde, keine der Konfliktparteien beschuldigt werde und somit alle Beteiligten ihr Gesicht wahren können.²¹

Daneben dient »Sulha« israelisch-palästinensischen NGOs als gemeinsamer Bezugspunkt, um für ihre Zielgruppen den Verlust von Familienmitgliedern durch den Konflikt erfahrbar zu machen. Dabei steht die gemeinsame emotionale Erfahrung im Vordergrund und weniger eine Aufarbeitung des Verlustes mit der Benennung eines Täters oder einer Täterin.²²

In Israel sind es oftmals (religiös-)zionistische Argumente, die gesellschaftlich als legitim wahrgenommen werden und nach denen Handlungen ausgerichtet werden. Ein Beispiel dafür ist der Begriff »Eretz Israel«, das (religiös-)zionistisch begründete Heimatland. Dieser Begriff wurde in Folge der traumatischen Erfahrung der Shoa geprägt und ist mit dem Narrativ verbunden, nur in einem eigenen Staat sei es möglich, in Sicherheit zu leben. Vor dem Hintergrund dieses Sicherheitsaspekts ist auch die militärische Macht und ihre Demonstration gesellschaftlich anerkannt. Das (religiös-)zionistisch begründete Heimatland wird u.a. von ultra-orthodoxen Gruppen argumentativ zur Rechtfertigung und Befürwortung von jüdischen Siedlungen verwendet. Ultra-Orthodoxe sind ein Teil der Gesellschaft, der von besatzungskritischen israelischen NGOs nur schwer zu erreichen ist. Ein Ergebnis meiner Forschung ist: Israelische NGOs haben für sich erkannt, dass es hinsichtlich gewaltfreier Bearbeitung des Israel-Palästina-Konflikts sinnvoll ist, auch religiös zu argumentieren, um ihre Zielgruppen zu erreichen. Mit Bezug auf das beanspruchte Territorium argumentiert beispielsweise vor dem Hintergrund des Talmuds die israelische NGO *Rabbis for Human Rights*²³, dass es neben den Werten von Land und Heimat auch die Werte des Friedens und des menschlichen Lebens zu achten gilt. Aspekte von Religion

21 Ebd.

22 Ebd.

23 <https://www.rhr.org.il/eng>

können somit für einen Friedensprozess sehr bedeutend sein. Darüber hinaus setzt sich *Rabbis for Human Rights* auch zum Ziel, Menschenrechte und die Wahrung der menschlichen Sicherheit in der israelischen Gesellschaft zu fördern. Sie beschreibt die israelische Gesellschaft als eine militarisierte Gesellschaft, in der das gewaltsame Durchsetzen von Sicherheit als hoch legitim betrachtet werde. So arbeitet *Rabbis for Human Rights* unter anderem mit prä-militärischen Akademien zusammen, d.h. die Initiative arbeitet mit jungen Erwachsenen, bevor sie ihren Wehrdienst antreten, und sie unterrichtet diese vor dem Hintergrund jüdisch-religiöser Argumente zum Thema Wahrung der Menschenrechte.²⁴

Welche Arbeit leistet die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) in Ramallah²⁵ und inwieweit arbeiten Sie mit NGOs und sozialen Bewegungen zusammen, insbesondere im Hinblick einer möglichen Lösung des Israel-Palästina-Konflikts und Frieden für die Region?

D.S.: Das Büro der *Heinrich-Böll-Stiftung* Palästina und Jordanien mit Sitz in Ramallah wurde 1999 gegründet. Wir arbeiten in Palästina in Ost-Jerusalem, dem Westjordanland und dem Gazastreifen in drei Programmen: Umweltgerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte sowie Politische Analyse und internationale Beziehungen. Wir unterstützen über 20 Partnerorganisationen. Das Engagement fokussiert sich, vor dem Hintergrund des andauernden Konflikts, auf die Förderung von palästinensischen NGOs und Think Tanks, die sich auf Basis des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte mit gewaltfreien Mitteln für einen dauerhaften und gerechten Frieden einsetzen, was die Beendigung der Besatzung und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen mit einschließt. Gleichzeitig arbeitet die *Heinrich-Böll-Stiftung* mit Partner:innen zusammen, die sich gegenüber palästinensischen politischen Akteur:innen für mehr Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit bildet die Förderung von Mädchen und Frauen sowie die Unterstützung von Jugendlichen für eine größere politische und gesellschaftliche Teilhabe. Unsere Partner:innen verfassen politische Analysen zu aktuellen Fragestellungen, organisieren Konferenzen, führen Trainingsworkshops für beispielsweise junge Entscheidungsträger:innen durch oder konzipieren Medienkampagnen zu politischen Themen. Ein Teil unserer Partner:innen spricht ebenso regelmäßig

24 Siegmund, Lokale Friedensinitiativen, Kap. 6.3.2.

25 <https://www.boell.de/de/2008/11/03/buero-arabischer-naher-osten>

vor UN-Gremien wie dem *Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen* und wird international als Expert:innen auf Fachtagungen eingeladen.

Literatur

- Bar-Tal, Daniel/Netz-Zehngut, Rafi, Sociological Analysis of Conflict-Supporting Narratives – A General Framework, in: *Journal of Peace Research* 51 (6/2014) 662–675.
- Maltz, Judy, »Netanyahu Blasts ICC War Crimes Probe as ›The Essence of Antisemitism««, in: *Haaretz*, 3.3.2021, <https://www.haaretz.com/israel-news/2021-03-03/ty-article/.premium/netanyahu-blasts-icc-war-crimes-probe-as-the-essence-of-antisemitism/0000017f-db9c-df62-a9ff-dfd9ccc0000>
- Siegmund, Dorthe, Lokale Friedensinitiativen im Spannungsfeld von Weltkultur und Konfliktkontext. Eine Analyse des Status und der Bedeutung israelischer und palästinensischer Nichtregierungsorganisationen (Manuskript unv. Diss.), Neubiberg 2022.
- Smulders, Kirkland Newman, The Battle over Victimhood: Roles and Implications of Narratives of Suffering in the Israeli-Palestinian Conflict, in: Harb, Zahera/Matar, Dina (Hg.), *Narrating Conflict in the Middle East-Discourse, Image and Communication Practices in Lebanon and Palestine*, New York 2013, 164–183.
- Strömbom, Lisa, *Israeli Identity, Thick Recognition and Conflict Transformation*, New York 2013.

Dokumente

- Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland, Feministische Außenpolitik gestalten – Leitlinien des Auswärtigen Amts, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/ll-ffp-data.pdf>.
- Convention (IV) relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, Geneva, 12.8.1949, <https://ihl-databases.icrc.org/en/ihl-treaties/gciv-1949?activeTab=default>
- Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, <https://www.un.org/depts/german/internatrecht/roemstat1.html>

United Nations Security Council, Resolution 2334 (2016), <https://www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf>

White House, Peace to Prosperity – A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/peacetoprosperity/>